

Pensionisten in Panik: Kommen jetzt höhere Beiträge auf sie zu?

Der Artikel beleuchtet die geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten in Österreich und die politischen Reaktionen darauf. FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz kritisiert die ÖVP und warnt vor finanziellen Einbußen für Senioren.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Eine aufsehenerregende Auseinandersetzung um die möglichen Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten steht im Zentrum der politischen Debatten in Österreich. Der Generalsekretär der FPÖ, Michael Schnedlitz, hat die Äußerungen des ÖVP-Klubobmanns August Wöginger scharf kritisiert und ihm vorgeworfen, falsche Informationen zu verbreiten. Laut Schnedlitz gibt es in den von Finanzminister Gunter Mayr an die EU übermittelten Budgetplänen kein Dokument, das eine Erhöhung der Beiträge für Senioren vorsieht. In der Presserklärung der FPÖ wird betont, dass die Freiheitlichen stets darauf bestanden haben, dass die Beitragslasten nicht auf die Pensionisten abgewälzt werden sollten. Die FPÖ sieht die Notwendigkeit, dass diejenigen zur Kasse gebeten werden, die noch nie in das System eingezahlt haben, während Wöginger Mayr als Lügner bezeichnet wird, da er in der Vergangenheit gegenteilige Aussagen gemacht haben soll, wie **ots.at** berichtet.

Im Schatten dieser Kontroversen plant die türkis-blaue Regierung eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrags für Pensionisten, um zusätzliche 270 Millionen Euro zur Konsolidierung des Budgets zu generieren. Laut den aktuellen Vorschlägen soll der Beitragssatz von 5,1 Prozent auf 6,1

Prozent steigen, was für viele Senioren eine erhebliche finanzielle Belastung erwarten lässt. Ältere Menschen, die von dieser Maßnahme betroffen sind, könnten über die Jahre hinweg mit Verlusten von bis zu 8.000 Euro rechnen, je nach individueller Pensionshöhe und Lebensdauer. Die Auswirkungen dieser Erhöhung sind besonders kritisch, da Senioren häufig nur geringe bis keine Lohnsteuer zahlen, sodass die Erhöhung direkt ihren Nettobezug beeinflusst, wie [kosmo.at](http://www.kosmo.at) erläutert.

Demonstrativer Widerstand gegen diese geplanten Maßnahmen kommt vom Pensionistenverband. Präsident Peter Kostelka kritisierte die vermeintlichen Vorteile, die den Pensionisten ursprünglich versprochen worden waren, und stellte fest, dass nun die Senioren selbst die finanziellen Löcher der Regierung stopfen müssten. Diese Entwicklungen zeigen einmal mehr, wie umstritten und potenziell nachteilig die Sparmaßnahmen der Regierung für die ältere Generation sein könnten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.kosmo.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at